Es sind vor allem unsere eigenen Verhaltens- und Denkmuster, die nachhaltiges Neudenken und Handeln verhindern. Der grassierende Klimawandel, die steigende Armut und der Ressourcenverzehr – um nur drei der größten Probleme des Planeten zu benennen – werden aber außerdem zunehmend durch die systemischen Eigenschaften der globalen Ökonomie und Politik vorangetrieben. Dieses nicht trennbare Zusammenspiel verursacht Nachhaltigkeitsfallen, die am Ende der dringend notwendigen Wende entschieden im Wege stehen. Der Lernforscher und Kulturtheoretiker **Kersten Reich** legt in seinem zweibändigen Werk „Der entgrenzte Mensch und die Grenzen der Erde“ diese scheinbar äußeren Nachhaltigkeitsfallen offen und klagt an, weist dabei aber zugleich auf unsere eigene Verantwortung und zeigt so die Chancen zur Veränderung auf. Ein Auszug.

Der Kampf um soziale Gerechtigkeit existiert in der Menschheitsgeschichte schon sehr lange. Sofern die demokratische Gesellschaft verspricht, allen Menschen gleiche Chancen geben zu wollen, erscheint dieser Kampf *de jure* dann gewonnen, wenn es eine demokratische Verfassung gibt, aber *de facto* nicht erreicht, wenn die Spaltung zwischen Arm und Reich immer weiter zunimmt. Mehr Gerechtigkeit gibt es nur durch aktive Kämpfe in der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums:

(1) Das Bekämpfen der Verelendung, die Sicherung eigener Rechte, einer Teilnahme an der gesamtgesellschaftlichen Demokratisierung beschäftigt die Mehrheit der Menschen seit langem, um eine Ausbeutung und Ausnutzung zu überwinden, die zu wenig Mittel für das eigene Leben ermöglicht. Die soziale Nachhaltigkeitskrise liegt in der Überwindung einer Verarmung und Nichtbeachtung von Rechten, die Gesundheit, soziale Sicherung und eine angemessene Altersversorgung umfassen. Dies alles sind deshalb Faktoren der Nachhaltigkeit, weil sie über die Zukunft der nachfolgenden Generationen mitentscheiden, weil sie Lebensbedingungen einer Zukunft definieren. Die Ausbeutungsverhältnisse wandeln sich über die Zeitalter. Klassisch ist nach wie vor das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital, indem Mehrwerte aus der Arbeit gezogen werden. Aber dieser Weg ist immer begleitet durch Angebot und Nachfrage. Gewinne sind auch durch Derivate, Leerverkäufe, betrügerische Wetten ohne Produktion, durch Vermietung und Verpachtung und unzählige Strategien der Finanzmärkte zu erzielen. Zudem haben sich Berufe entwickelt, die im Management, Verkauf und in den Medien hohe Einkommen erzielen, die in eine neue Form der Ungerechtigkeit über die Verteilungen von Gewinnen aus der Lohnarbeit und anderen Mehrwerten führen. Diese Mehrwerte sind unterschiedlich erzeugbar und so schwer zu überblicken. Die Unübersichtlichkeit der Vorgänge macht es für die Menschen schwer, diese überhaupt hinreichend zu erfassen. Der Kampf um soziale Gerechtigkeit wird so fragmentiert und zu einer Angelegenheit spezifischer Orte und Unternehmen, von scheinbarem Zufall und individuellem Glück. Die Verarmung breiter Massen drückt sich in

den reichen Ländern in einer Existenzsicherung für prekär lebende Menschen aus, die in armen Ländern bereits als reiche Menschen erscheinen.

(2) Die Durchsetzung der Menschenrechte, die seit 1948 bestehen, zeigen einen weiteren wesentlichen Aspekt. Dazu gehört als Grundlage eine wachsende Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand, obwohl der Abstand, der zwischen diesem Wohlstand und den großen Nutznießern des kapitalistischen Systems liegt, immer größer wird. So steigt zwar für viele der Wohlstand, aber wenige erhalten im Vergleich unverhältnismäßig mehr davon. Diese Ungerechtigkeit wirkt heute in mehrfacher Hinsicht: Als ungerechte Verteilung jeweils auf nationaler Ebene, als ungerechte Verteilung zwischen Ländern und Ländergruppen, als Verteilungswettkampf weltweit. Die reichen Länder beschreiben Armut dabei als relativ zum Durchschnitt der Einkommen in ihnen, die armen Länder als absolut im Hinblick auf die täglichen Mittel zum Überleben. Wer für mehr soziale Gerechtigkeit kämpft, der muss jetzt immer sagen, in welchem Umfeld mit welcher Berechnungsgrundlage dies geschieht und was es konkret bedeutet. Dies zersplittert den Kampf in unübersichtliche Einzelmaßnahmen, also das, was in sozialen Reformen regional, temporal und auf soziale Gruppen verteilt erlebt wird. Es verstärkt die Tendenz, dass viele soziale Gruppen im gegenseitigen Wettkampf stehen, die soziale Frage wird gespalten, partikularisiert, auf einzelne Phänomene reduziert, einer ganzheitlichen Vision beraubt.

(3) Für Menschen aus benachteiligten Milieus gibt es fast immer nur eine Chance, um gesellschaftlich aufzusteigen und die eigenen Verteilungschancen zu erhöhen: Erziehung und Bildung und dann Nutzung von Aufrückungschancen. Aber die jeweiligen Erziehungsbedingungen hinken, so zeigen die Erfahrungen seit Beginn der Moderne, nicht nur den persönlichen Förderungschancen bei schlechten Ausgangsbedingungen, sondern auch dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt und seinen Erfordernissen an die Qualifizierung hinterher. Und die vor allem in den reichen Ländern zu beobachtende Bildungsexpansion führt dazu, dass das jeweilige Niveau des Verteilungskampfes um soziale Gruppenvorteile und Aufstieg bloß nach oben verschoben werden, aber nicht grundsätzlich aufstrebenden Milieus gleiche Chancen selbst bei gleichen Leistungen geben.

Vor diesem Hintergrund wundert es nicht, dass soziale Gerechtigkeit zu den wesentlichen Fragen von Nachhaltigkeit zählt. Allerdings ist dies keine ökologische, sondern eine soziale Nachhaltigkeit. Und diese ist, so zeigen etliche sozialwissenschaftliche Untersuchungen, durch die Ungleichverteilung von Armut und Reichtum sowohl in den reichen Ländern als auch insbesondere zwischen reichen und armen Ländern stark gefährdet.

Der Kampf um mehr soziale Gerechtigkeit dauert schon deutlich länger an als der Kampf für mehr ökologische Nachhaltigkeit. Gemessen an den materiell ungleichen Verteilungen hat

die Menschheit schon den Kampf um Verteilungsgerechtigkeit bisher verloren, sie hat keine hinreichend soziale Gerechtigkeit im Vergleich der Menschen untereinander erreicht, sondern sogar die Spaltung immer weiter vergrößert. Im Wohlstandsvergleich der Generationen haben jedoch zumindest die reichen Länder ein Niveau erreicht, das gegenüber früheren Zeiten eine Überflussgesellschaft für fast alle ermöglicht hat. Aber genau dieser massenhafte Wohlstand ist auch zu einem treibenden Faktor der Nachhaltigkeitskrise der Umwelt geraten, die eine Krise eines zu großen und massenhaften Konsums in alle Richtungen geworden ist.

Wie soll soziale Gerechtigkeit als Faktor der Nachhaltigkeit überhaupt gemessen werden? Eine negative Bestimmungsgröße misst die Ungleichheit, die sich in Bezug auf Einkommen und Vermögen verändert. In den letzten Jahrzehnten zeigt die Ungleichheitsforschung, dass die Spaltung sowohl in den verfügbaren Vermögen einschließlich Immobilien als auch im monatlichen Einkommen ständig gestiegen ist (vgl. etwa Piketty 2015, Atkinson 2015, Stiglitz 2012 und 2015, Milanovic 2011 und 2016, Bourguignon 2015, Reich 2018 a).

Die soziale Ungleichheit, die sich materiell ausdrückt, findet ihre Entsprechung in politischer Ungleichheit. Wenn etwa für Deutschland untersucht wird, welche sozialen Gruppen am meisten von der Gesetzgebung profitieren, dann zeigen Studien wie die von Elsässer, Hense & Schäfer (2017), dass einkommensstarke Bevölkerungsgruppen in der Gesetzgebung tendenziell bevorzugt werden. Im Grunde benötigen wir dazu gar keine Untersuchungen, denn schon der Umstand der Steuergesetzgebung, die bei höheren Einkommen nicht dynamisch ansteigt, signalisiert, dass es um den Erhalt von Besitzständen geht, die vermeintlich der Gesamtwirtschaft zugutekommen und Arbeitsplätze schaffen, aber letztlich reiche Menschen immer reicher machen. Die kapitalistischen Länder zeigen zudem im Vergleich, dass in den Ländern mit steigender Steuerprogression und materiell stärkerer Absicherung breiter Bevölkerungsschichten das Arbeitsplatzrisiko keineswegs steigen muss. Mehreinnahmen ließen sich für Innovation, Bildung und Infrastrukturen nachhaltig ausgeben. Aber die einkommensstarken Milieus befeuern immer die Mär, dass ihr Gewinnstreben für alle förderlich sei.

Mehr soziale Gerechtigkeit begrenzt sich im Verteilungskampf nach unten fast immer auf eine Grundsicherung, wie die langanhaltenden Debatten über eine Grundrente in Deutschland zeigen. Von einer Umverteilung im Sinne sozialer Gerechtigkeit kann hier kaum gesprochen werden. Es geht vielmehr darum, ein Minimum der Existenzsicherung durchzusetzen oder einen gewissen Wohlstand vieler zu erhalten. Bei den größeren Gewinnen ist offensichtlich, dass die Wahrscheinlichkeit einer Übereinstimmung politischer Entscheidungen mit den Wünschen und Einstellungen höherer Einkommensschichten sehr hoch ist. Was Menschen mit niedrigem Vermögen oder Einkommen wollen, das hat politisch

nicht den gleichen Einfluss wie das, was sehr reiche Menschen wollen. Und dies gilt, obwohl die ärmeren Schichten gegenüber den reicheren zahlenmäßig deutlich größer sind. Interessant ist es, dies in ein Verhältnis mit dem Engagement für Nachhaltigkeit zu setzen. Arme Menschen oder von Abstiegsangst bedrohte breite Bevölkerungsschichten entwickeln seltener ein ökologisches Bewusstsein als eine reichere Mittelschicht, die bessere materielle, zeitliche und bildungsbezogene Ressourcen besitzt. Die sehr reichen Menschen hingegen haben einen Lebensstil, der ohnehin wenig nachhaltig ist und nur von geringem ökologischem Nachdenken geprägt ist. Ihre CO2-Bilanz ist in der Regel sehr schlecht, weil sie auf so großem Fuß leben, dass ihr ökologischer Abdruck äußerst negativ ausfällt.

Kersten Reich: „Der entgrenzte Mensch und die Grenzen der Erde"; Band 1: „Wie Erziehung und Verhalten die Nachhaltigkeit erschweren", 448 Seiten; Band 2: „Wie Ökonomie und Politik die Nachhaltigkeit verhindern", 400 Seiten, Westend Verlag, 1.3.2021

Titelbild: Brian A Jackson/shutterstock.com